Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Stadtrat führte seine 4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 03.12.2014, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Puschkinstraße 3, Städtisches Kulturhaus, Saal 063, von 18:00 Uhr bis 22:30 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Frau Dagmar Zoschke

Mitglied

Herr Detlef Pasbrig
Herr Jens Tetzlaff
Frau Christa Blath
Herr Mirko Claus
Herr Uwe Denkewitz
Frau Doreen Garbotz-Chiahi
Herr Klaus-Ari Gatter
Herr Dr. Dr. Egbert Gueinzus
Herr Dr. Joachim Gülland
Herr Gerhard Hamerla
Herr Günter Herder
Herr Dr. Siegfried Horn
Herr Ingo Jung
Herr Klaus-Dieter Kohlmann
Herr André Krillwitz
Herr Uwe Kröber
Herr Sandor Kulman
Herr Hans-Jürgen Präbller
Herr Hans-Christian Quilitzsch
Herr Dr. Werner Rauball
Frau Gudrun Rauball
Herr Dieter Riedel
Herr Hendrik Rohde
Herr Daniel Roi
Herr Marko Roye
Herr Horst Rüger
Frau Martina Römer
Herr Armin Schenk
Herr Joachim Schunke
Herr Dr. Horst Sendner
Herr Enrico Stammer
Herr Günter Sturm
Herr Horst Tischer
Herr René Vollmann
Herr Dr. Holger Welsch
Herr Peter Ziehm
Herr Lars-Jörn Zimmer
Herr Frank Zimmermann

Frau Petra Wust

Mitarbeiter der Verwaltung

Frau Annett Kubisch, FBL Personal/Recht

Herr Rolf Hülßner, GBL Finanz- und Ordnungswesen

Herr Joachim Teichmann, GBL Haupt- und Sozialverwaltung

Herr Stefan Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen

abwesend:

Mitglied

Frau Christel Vogel

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 03.12.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 22.10.14	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Vorstellung des Jugendbeirates der Stadt Bitterfeld-Wolfen und Informationen zu dessen Arbeit BE: Vertreter des Jugendbeirates	
6	Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes 2015 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 100 Abs. 3 Kommunalverfassungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) i.V.m. § 1 Abs. 2 Ziffer 7 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO Doppik)	Beschlussantrag 163-2014
7	Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2015	Beschlussantrag 164-2014
8	Erörterung des Beteiligungsberichtes der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Wirtschaftsjahr 2013	Mitteilungsvorlage M008-2014
9	Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" zum 31. Dezember 2013	Beschlussantrag 177-2014
10	Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen"	Beschlussantrag 180-2014
11	Bestellung eines Vertreters der Beschäftigten des Eigenbetriebes in den Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des "Stadthof Bitterfeld-Wolfen"	Beschlussantrag 181-2014
12	Zuschuss zum Ausgleich der Altersteilzeitverpflichtungen für den Eigenbetrieb "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" im Haushaltsjahr 2014	Beschlussantrag 203-2014
13	2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 179-2014
14	Zuständigkeitsordnung für die beratenden Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 149-2014
15	Auftrag zur Erarbeitung eines Konsolidierungsgutachtens	Beschlussantrag 187-2014
16	Bewertungs- und Aktivierungsrichtlinie der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 206-2014
17	Jahresrechnung 2010 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß § 120 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA)	Beschlussantrag 199-2014
18	2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04/91 "Zentrum Ost": Änderung des planungsrechtlichen Verfahrens; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	Beschlussantrag 194-2014
19	Genehmigung einer überplanmäßige Ausgabe für die Baumaßnahme	Beschlussantrag

	Hitschkendorfer Straße	171-2014
20	Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse	
21	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
22	Schließung des öffentlichen Teils	

II. Nicht öffentlicher Teil

23	Kostenbeteiligung an der Abwasserdruckleitung im Solar Valley	Beschlussantrag 202-2014
24	Grundstücksangelegenheit - Verkauf bebauter und unbebauter Grundstücke im OT Wolfen	Beschlussantrag 208-2014
25	Grundstücksangelegenheit-Aufhebung eines Beschlusses	Beschlussantrag 192-2014
26	Grundstücksangelegenheit-Kauf eines bebauten Grundstückes im Ortsteil Bitterfeld	Beschlussantrag 195-2014
27	Grundstücksangelegenheit - Kauf eines bebauten Grundstückes im Ortsteil Bitterfeld	Beschlussantrag 196-2014
28	Grundstücksangelegenheit-Kauf eines bebauten Grundstückes im Ortsteil Bitterfeld	Beschlussantrag 197-2014
29	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
30	Schließung des nicht öffentlichen Teils..	

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	
I. Öffentlicher Teil		
zu 1	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende, Herr Pasbrig, eröffnet die 4. Stadtratssitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung fest und teilt mit, dass zu Beginn 32 Stadträte und die Oberbürgermeisterin anwesend sind. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.</p> <p><i>Herr Denkewitz beteiligt sich ab 18:05 Uhr an der Sitzung; somit sind 34 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Herr Pasbrig weist darauf hin, dass die Sitzung bei Erschöpfung der Tagesordnung am 04.12.2014 fortgesetzt wird.</p>	
zu 2	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Stadtrat Schenk beantragt, den BA 102-2014 unter dem TOP 14 von der Tagesordnung zu nehmen und begründet dies mit der zu kurzen Vorbereitungszeit.</p> <p>Der stellv. Stadtratsvorsitzende lässt über den Antrag, den BA 102-2014 von der TO zu nehmen abstimmen.</p> <p>Diesem wird mit 16 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen entsprochen.</p> <p>Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung mehrheitlich bestätigt.</p>	Ja 25 Nein 2 Enthaltung 7
zu 3	<p>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 22.10.14</p> <p>Zur Niederschrift der Stadtratssitzung vom 22.10.14 (einschließlich der Fortsetzung vom 27.10.2014) gibt es keine schriftlichen oder mündlichen Einwände. Die Niederschrift wird bestätigt.</p>	Ja 31 Nein 0 Enthaltung 3
zu 4	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Herr Harald Kohlman, wohnhaft in der Str. der Chemiearbeiter 43 im OT Wolfen stellte fest, dass seit einiger Zeit im Amtsblatt kein Terminkalender der Gremien des Stadtrates veröffentlicht wird. Die OB, Frau Wust, informiert, dass die Veröffentlichung, entsprechend eines Stadratsbeschlusses, in den Schaukästen im Stadtgebiet und auf der Internetseite der Stadt Bitterfeld-Wolfen erfolgt.</p> <p>Herr Knut Röbler, Albert-Schweitzer-Straße, OT Wolfen erfragt Kosten für einen Verwaltungsakt für die Verlängerung einer Grabstätte. Die OB verweist auf eine Richtlinie, die die Verwaltungskosten regelt und bietet an, dazu eine Information zukommen zu lassen.</p> <p>Herr Reinhard Fritzsche, Goethestraße, OT Wolfen, regt an, dass Maßnahmen ergriffen werden, die Wohnqualität in der Stadt Bitterfeld-Wolfen zu verbessern und möchte wissen, ob Mieterhöhungen demnächst</p>	

	<p>absehbar sind. Frau Wust verweist an die Wohnungsgesellschaften als Ansprechpartner. Von der kommunalen Wohnungsgesellschaft (WBG) sind keine Mieterhöhungen zu erwarten, ausgenommen sind Erhöhungen wegen Sanierungsmaßnahmen.</p>	
zu 5	<p>Vorstellung des Jugendbeirates der Stadt Bitterfeld-Wolfen und Informationen zu dessen Arbeit BE: Vertreter des Jugendbeirates <i>Stadtrat Tetzlaff, Stadtrat Zimmer, Stadtrat Sturm, Stadtrat Rüger und Stadtrat Ziehm beteiligen sich an der Sitzung. Somit sind 39 Stimmberechtigte anwesend.</i></p> <p>Die Mitglieder des Jugendbeirates stellen sich vor. Herr Kevin Bonk, Vorsitzender des Jugendbeirates der Stadt Bitterfeld-Wolfen informiert über die Gründung des Jugendbeirates im März 2014 mit 7 Mitgliedern. Es stellen sich persönlich Moris Krause, Stephanie Petzold, Kilian Jost, Nadja Ackermann und Anne Westphal vor und begründen ihre Mitarbeit. Als ihre Aufgabe sehen sie, die Wünsche der Jugendlichen einzubringen. Damit soll auch die Abwanderung der Jugendlichen verhindert werden. Im weiteren Verlauf wird anhand einer Präsentation auf die Ergebnisse einer Umfrage bei Jugendlichen eingegangen. Als Hinweis wird von den Jugendlichen gegeben, dass viele Jugendliche über Freizeitangebote und eine mögliche Förderung nicht informiert sind und dementsprechend Abhilfe geschaffen werden sollte. Frau Wust teilt mit, dass seitens der Stadt Bitterfeld-Wolfen für die Einrichtung einer „Jugendseite“ im Amtsblatt Unterstützung gegeben wird, die Gestaltung aber durch die Jugendlichen selbst erfolgen muss. Es folgen Fragen an die Mitglieder des Jugendbeirates durch die Stadträte. Letztlich wird deutlich, dass der Jugendbeirat sich vorstellt, mehr Einfluss bei Entscheidungen der Stadträte nehmen zu können. Es wird die Teilnahme an Ausschusssitzungen der Ausschüsse für Soziales und für Bildung, Kultur, Jugend und Sport genannt, sowie dass der Wunsch besteht, dass auch die Stadträte auf die Jugendlichen zukommen, die Meinungen ernst genommen werden, Fragen an sie gerichtet und bürokratische Hürden beseitigt werden. Es wird angesprochen, dass beispielsweise in Hettstett das Jugendparlament wie ein Ausschuss fungiert und somit mehr Einfluss nehmen kann. Frau Wust spricht an, dass die Jugend in die Stadtentwicklung einzubeziehen ist, aber ein Informationsdefizit auch zu Fehlurteilen führt.</p> <p><i>Die Stadtratsvorsitzende beteiligt sich ab 19:10 Uhr an der Sitzung und übernimmt die Leitung der Sitzung. Es sind 40 Stimmberechtigte anwesend.</i></p>	
zu 6	<p>Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes 2015 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 100 Abs. 3 Kommunalverfassungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) i.V.m. § 1 Abs. 2 Ziffer 7 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO Doppik)</p> <p><i>Stadtrat Zimmer verlässt die Sitzung. Somit sind 39 Stimmberechtigte anwesend. Da die Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke, anwesend ist, übergibt der 1. stellvertretende Stadtratsvorsitzende, Herr Pasbrig, die Leitung der Sitzung</i></p>	Beschlussantrag 163-2014

an sie.

Die **Stadtratsvorsitzende** schlägt vor, die Beschlussanträge 163-2014 und 164-2014 gemeinsam zu beraten. Da keine Einwände dagegen festgestellt werden, kann so verfahren werden.

Herr Hülßner erinnert an die Vielzahl der Vorberatungen in den verschiedenen Gremien und möchte nur auf wesentliche Sachverhalte eingehen.

Es wird mit der Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2015 den gesetzlichen Anforderungen entsprochen und die Chance eingeräumt, eine Bestätigung durch die Kommunalaufsicht zu erhalten.

Es liegt ein Grundhaushalt vor. Es liegen bereits die Orientierungsdaten vom Land vor. Es liegen den Stadträten mittlerweile 4 Ergänzungen zum Haushalt vor, wovon 3 bereits bis zum Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert wurden und die 4. Ergänzung an diesem Tage erarbeitet und nunmehr als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Hülßner geht schwerpunktmäßig auf die Ergänzungen des Haushaltes ein und begründet damit zusammenhängende Verfahrensweisen.

Er verweist ebenso auf das noch vorhandene strukturelle Defizit und stellt fest, dass sich dieses nach dem Durchschnitt der Verluste der vergangenen Jahre bis zum Jahr 2018 derzeit auf 2,5 Mio. € beläuft und gleichzeitig die Hausaufgabe für die Folgejahre darstellt.

Davon unberührt ist der Schuldenberg von ca. 70 Mio. €, den die Stadt Bitterfeld-Wolfen „vor sich herschiebt“.

Herr Hülßner legt im Hinblick auf eine mögliche Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes negative und positive Aspekte dar.

Er weist darauf hin, dass mit dem Beschluss der Haushaltssatzung gleichzeitig die Festsetzung der Steuerhebesätze für das Jahr 2015 erfolgen würde.

Er erörtert, welche Auswirkungen es auf die Stadt Bitterfeld-Wolfen hätte, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird.

Stadtrat Schenk bekennt, dass die Fraktion CDU-Grüne-IFW zu diesem Haushalt und zum Konsolidierungskonzept steht. Er geht auf die Investitionspauschale, die Abschreibungen und das weiter zu entwickelnde Konsolidierungskonzept ein. Stadtrat Schenk bezeichnet eine Nichtbeschlussfassung des Haushaltes als kontraproduktiv und begründet dies. Auf Konsolidierungsvorschläge von Stadtrat Dr. Rauball eingehend (Anteilsverkäufe an städtischen Gesellschaften, insbes. die Stadtwerke und Wohnungsbaugesellschaften), teilt er mit, dass diese von der Fraktion CDU-Grüne-IFW nicht mitgetragen werden und begründet dies.

Stadtrat Herder macht auf die noch schlechtere Perspektive aufmerksam, als die im letzten Jahr. Er stellt fest, dass beständig versucht wird das strukturelle Defizit durch Konsolidierungsmaßnahmen zu beseitigen. Gleichzeitig werden die Finanzzuweisungen vom Land in Millionenhöhe gekürzt. Diese Zustände sieht er als nicht zukunftsweisend. Er stellt fest, dass die Stadt das Defizit nicht aus eigener Kraft aufbringen kann, ohne erhebliche Einschnitte in die Attraktivität der Stadt zu bewirken. Er plädiert dafür, den Druck zu erhöhen, die Finanzausstattungen der Kommunen deutlich zu verbessern. Stadtrat Herder wünscht sich mehr Transparenz bezüglich des Haushaltes, was sich aber durch die doppelte Haushaltsführung nur schwer realisieren lässt. Letztlich spricht auch er sich für die Beschlussfassung zum Haushalt aus.

Stadtrat Tischer stellt die Frage in den Raum, was erreicht wird, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird. Eine Verbesserung wird kurzfristig nicht erreichbar sein und mit diesem Haushalt wird nur der Status quo erhalten, mehr nicht. Er verweist auf die Verständigung im Haushalts- und Finanzausschuss, sich in den nächsten Jahren ernsthaft bemühen zu müssen, verschiedenste Einsparmöglichkeiten zu finden, diese prüfen zu lassen und

letzten Endes durchzusetzen und den Einsatz eines Außenstehenden damit zu vermeiden. Er bekundet, dass deshalb seine Fraktion der Beschlussfassung zustimmen wird.

Stadtrat Krillwitz kann sich den Vorrednern nicht anschließen und ruft die Stadträte auf, auch für schmerzhaft Entscheidungen Verantwortung zu übernehmen. Er benennt Einzelmaßnahmen, die es gilt, diesbezüglich näher zu betrachten. Es geht um den Abbau von Doppelstrukturen (Gesellschaften mit 2 Geschäftsführern; Durchsetzung einer gemeinsamen Technik- und Gerätehäusernutzung der Ortswehren bei Erhalt der 9 Ortsfeuerwehren). Stadtrat Krillwitz spricht den Neubau der Ortsfeuerwehr Reuden und die Sanierung der Hauptfeuerwehrwache in Wolfen (Bunsenstraße 1) an. Er beantragt letztlich im Namen der Fraktion Pro Wolfen, im Haushalt hierzu einen Sperrvermerk zu setzen, bis der Brandschutzbedarfsplan im nächsten Jahr überarbeitet ist.

Stadtrat Roi hinterfragt, wann man bei Null angekommen ist und was das für Folgen hätte. Er legt dar, was ein Gutachter bemängeln würde und dass diese Erkenntnis bereits in den Reihen der Stadträte vorliegt. Letztlich geht es um eine Prüfung von Kosten einzelner Maßnahmen und daraus zu ziehende Konsequenzen (Miete für das Rathaus Wolfen). Er bittet zu dem im Haushalt aufgeführten Aufwand für den Stadtrat (S.71) zur Erhöhung um 56%, um 94.000 €, eine Aussage. Stadtrat Roi fragt weiter, ob die noch nicht beschlossenen Kürzungen durch die Landesregierung bereits in dem vorliegenden Haushalt enthalten sind.

(red. Hinweis: Beantwortung s. Anlage 6)

Stadtrat Dr. Rauball erinnert an die noch fehlende finanzielle Bewertung von Konsolidierungsmaßnahmen, die von der damaligen Arbeitsgruppe Haushalt als richtig empfunden und vor einer endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden sollten. Die Prüfungsergebnisse aus seinem Antrag aus der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses stehen ebenso noch aus. Es sei ihm mitgeteilt worden, dass die Oberbürgermeisterin persönlich darauf antworten würde. Im weiteren Verlauf legt Stadtrat Rauball dar, dass mit der Genehmigung des Haushaltes für das Jahr 2014 die Kommunalaufsicht mitteilte, dass in der Prognose keine weiteren Defizite zugelassen werden dürfen. Er macht deutlich, dass er an einer Genehmigung dieses Haushaltes zweifelt. An den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses gerichtet bittet er, zu weiteren Beratungen einzuladen, damit weitere Konsolidierungsvorschläge diskutiert werden können.

Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius geht auf die Haushaltsdiskussionen und Beschlussfassungen seit dem Jahr 2007 ein. Er führt aus, dass die Bundesregierung mit der Finanzausstattung der Kommunen „milde gesagt“ sehr zurückhaltend gewesen ist. Er spricht von einer notwendigen „Signalsetzung“ und dass nicht immer die Zukunft der Stadt geopfert werden kann, indem der Haushalt aus Not beschlossen wird.

Stadtrat Rohde geht auf die Steuerhebesätze ein, auf nicht eingestellte Risiken. Letztlich stellt er fest, dass man sich gegen Land und Bund wehren müsse, da sie die „eigentlich Schuldigen“ an dieser Situation sind. Er teilt mit, dass er einem Verkauf kommunaler Anteile/kommunalen Eigentums nicht zustimmen wird. Im weiteren Verlauf stellt er fest, dass er dem „Nicht Positiven“ nicht zustimmen kann. Er fordert die Ergebnisse der Prüfaufträge an die Verwaltung ein und keine Veränderungen, sofern diese nicht vorliegen. Bezüglich der Feuerwehrgerätehäuser mahnt er zur Beachtung der Vereine und deren Bedeutung in den Ortschaften. Zu Vergaben von Aufträgen der Verwaltung nach Außen (Outsourcing) sollte eine Prüfung veranlasst werden. Die **Oberbürgermeisterin, Frau Wust**, geht zusammenfassend auf die Redebeiträge und den Haushalt ein.

Sie stellt fest, dass selbst mit Einsparungen kein befriedigender Haushalt zu

erwarten ist. Sie sieht diesbezüglich einen Systemfehler und führt aus, dass fast alle Steuereinnahmen wieder ausgezahlt werden müssen. Neue Gesetze und Verordnungen vom Land sorgen mit der Übertragung neuer Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich und der Kreisumlage für diesen Zustand. Dies betrifft die gesamte kommunale Gemeinschaft. Es ist eine ständige Schlechterstellung festzustellen. Sie geht auf die sehr gut (von Bitterfeld-Wolfen zu wenig) besuchte Demonstration ein und dass es nicht sein könne, dass das Land einen ausgeglichenen Haushalt auf Kosten der Kommunen vorlegt. Hier ist die Politik gefragt. Ungeachtet dessen sind Investitionen im Haushalt eingestellt, die aber nicht getätigt werden können, wenn kein Haushalt besteht. Zu den angesprochenen, noch nicht umgesetzten Beschlüssen, die die Konsolidierung betreffen, teilt Frau Wust mit, dass diese derzeit erarbeitet werden. Hier verweist sie an den zuständigen Ausschuss, der sich damit beschäftigen sollte. Den von Stadtrat Krillwitz angemahnten kritischen Umgang mit Geld kann sie nur bestätigen.

Zu Anfragen von Stadtrat Roi bezüglich des Eigenkapitals verweist sie auf eine Antwort durch Herrn Hülßner. Letztlich gibt sie den Hinweis auf die Notwendigkeit einer Entscheidung durch den Stadtrat. Zur von Stadtrat Dr. Rauball festgestellten Rechtswidrigkeit des Haushaltes, verweist sie auf die rechtswidrigen Haushalte der damaligen Städte Bitterfeld und Wolfen, die aber im Rahmen einzelner Ermessensentscheidungen genehmigt wurden und womit man auch arbeiten konnte. Die von Stadtrat Dr. Rauball angesprochenen fehlenden Prüfungen seiner Vorschläge wurden veranlasst, nachdem diese über den verwaltungsrechtlich geforderten Weg an Frau Wust herangetragen wurden.

Sodann legt sie die Ergebnisse der Prüfung wie folgt dar:

Es liegt ein 30-jähriger Mietvertrag zum Rathaus Wolfen vor, der gemeinsam mit dem Landkreis erarbeitet und notariell beglaubigt wurde.

Bei den Stadtwerken besteht ein steuerlicher Querverbund, der 2013 für 5 Jahre geschlossen wurde. Ein Eingriff würde bedeuten, dass die Bäder auf's Spiel gesetzt werden und Kosten von der Stadt Bitterfeld-Wolfen getragen werden müssten. Zu Verkäufen von Anteilen der Wohnungsgesellschaften informiert sie, dass mit der Fusion der Stadt die Möglichkeit bestand, die beiden Gesellschaften steuerlich zum Null-Tarif zusammen zu bringen, was aber damals durch Herrn Dr. Rauball verhindert wurde. Es kam also nicht zu diesem Zusammenschluss. Sie weist darauf hin, dass dazu aber ein Beschluss gefasst werden könnte.

Herr Hülßner geht auf die Bilanz ein. Es besteht ein Eigenkapitalbestand von 14 Mio. € und es gibt ein Problem, welches gemeinsam mit dem Landesrechnungshof geklärt wird. Dies betrifft die Abwasserpumpen für Hochwasser und Abwasseranlagen. Hier geht es um die Klärung des wirtschaftlichen Eigentums, eine Differenz von 7 Mio. € und deshalb geht man von einem sicheren Eigenkapital von 7 Mio. € aus. Er weist darauf hin, dass die Bilanz nur eine stichtagsbezogene Darstellung ist und momentan keinen direkten Einfluss auf die HH-planung 2015 hat. Zur Anfrage von Stadtrat Herder, wie sich das Ergebnis des doppelten Haushalts in der Kameralistik darstellt, verweist Herr Hülßner auf die Finanzrechnung. In dieser stehen minus 1,3 Mio. €. Die Kameralistik war eine Finanzstromrechnung und letztlich ist das die Finanzrechnung auch. Zu den Kürzungen in den Schlüsselzuweisungen verweist Herr Hülßner auf einen Orientierungsdatenerlass aus Oktober 2014, in den die Kürzungsabsichten des Finanzministers eingeflossen sind. Gegen diese Umsetzung regt sich derzeit Protest aber ohne Erfolg. Zu den 94.000 € Mehrkosten wird der zuständige Bereich eine Erläuterung der Niederschrift beifügen.

Stadtrat Dr. Rauball geht kurz auf die Ausführungen von Frau Wust ein.

Als Hinweis gibt er zu bedenken, den Mietvertrag auf mögliche Fehler zu prüfen, um diesen ggf. abzuwandeln bzw. an die gegenwärtige Zinsentwicklung anzupassen.

Zum weiteren Verfahren bezüglich des Prüfens von Sachverhalten den Haushalt und Konsolidierungsmaßnahmen betreffend macht **Frau Wust** deutlich, dass ein Beschlussantrag eingebracht und beschlossen werden sollte, auf dessen Grundlage dann entsprechende Prüfungen und Realisierungen beruhen können.

Stadtrat Tischer berichtet eine gemachte Aussage zu den Konsolidierungsvorschlägen von Dr. Rauball, dass man sich dazu in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses verständigte, dass dies nicht als Antrag einzubringen sei, sondern anhand dieser 3 Vorschläge und anderen Diskussionen in Zukunft überlegt werden müsse, was für eine ordentliche Konsolidierung dieses Haushaltes erforderlich ist. Er bittet darum, dass persönliche Befindlichkeiten nicht mehr in die Diskussionen einfließen sollten.

Stadtrat Roi stellt im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Haushalt und an Stadtrat Schenk gerichtet fest, dass auch ein Gutachter nur die Sparmaßnahmen erkennen und benennen kann, die Verantwortung aber der Stadtrat letztlich selbst übernehmen muss und die Kosten dafür auch in diesem Haushalt berücksichtigt werden müssten.

Er möchte das Verfahren und den Stand zum Verkauf des Rathauses Greppin wissen und wie es sich mit Konsolidierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Situation um den Eigenbetrieb verhält. Es wurde mit Gewinnen der Eigenbetriebe gearbeitet, die nie eingetroffen sind. Er fragt, ob so etwas statthaft ist. Stadtrat Roi kann die Meinung, den Haushalt zu beschließen, um die geplanten Investitionen tätigen zu können, nicht teilen und drückt aus, dass man über diesen Weg keine Änderungen erwarten oder forcieren kann. Zur Anfrage von Herrn Herder nach den Kosten der Anleuchtung des Wasserturms möchte er wissen, wer die Kosten trägt und ob der Beschluss umgesetzt wird. Die geringe Teilnahme durch z.B. Stadträte an der Demonstration in Magdeburg kritisiert er und schlägt vor, ein Positionspapier nach Magdeburg zu verabschieden, welches deutlich zum Ausdruck bringt, dass die Stadträte der Stadt Bitterfeld-Wolfen damit nicht mehr einverstanden sind. Auch die Landtagsabgeordneten (er spricht insbesondere Hr. Zimmer an) sind hier aufgefordert, zu agieren oder zu reagieren.

Frau Wust informiert, dass das Rathaus Greppin leergeräumt ist. Die Vorbereitungen für die Ausschreibung laufen. Wenn ein Käufer gefunden ist, wird ein entsprechender Beschlussantrag dem Stadtrat vorgelegt. Zur Anstrahlung des Wasserurms im OT Bobbau gibt Stadtrat Herder die ihm von der Verwaltung erteilte Auskunft zu den Kosten an die Stadträte weiter. Frau Wust kündigt an, dass die konsequente Abschaltung der Anstrahlung des Wasserturms auf massiven Widerstand stoßen wird. Zur Ausschüttung von Gewinnen der Tochterunternehmen, die Herr Roi vermeintlich unter Eigenbetriebe fasst, führt **Herr Hüßner** aus, dass das Haushaltskonsolidierungskonzept eine Zielstellung des Stadtrates darstellt. Mit der entsprechenden Beschlussfassung sollte eine Gewinnentnahme aus den Tochterunternehmen zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung festgeschrieben werden. Dass diese Gewinne nicht erwirtschaftet werden konnten, ist der Realität geschuldet. Es gab keine Maßgabe, diese Zielstellung zu verändern und bis zu diesem Augenblick ist auch keine Veränderung dieser Zielstellung absehbar. Beteiligungen stehen nach wie vor im Vordergrund der Haushaltsdiskussion. Die Abrechnung dieser Zielstellungen erfolgt ordnungsgemäß im Haushaltskonsolidierungskonzept.

Die **Stadtratsvorsitzende** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und informiert über die Abstimmungsergebnisse aus den vorberatenden Gremien.

	<p><i>Beschluss:</i> Der Stadtrat beschließt das Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes 2015 und Folgejahre auf der Grundlage der Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2015.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 21 Nein 12 Enthaltung 6</p>
zu 7	<p>Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2015</p> <p><i>gemeinsame Diskussion zu Beschlussanträgen 163-2014 und 164-29014: siehe TOP 6</i></p> <p>Die Stadtratsvorsitzende stellt fest, dass ein Änderungsantrag der Fraktion Pro Wolfen vorliegt, der beinhaltet, dass folgende Investitionsmaßnahmen mit einem Sperrvermerk zu belegen sind, bis der Brandschutzbedarfsplan der Stadt Bitterfeld-Wolfen überarbeitet wurde: Budget 30: Maßnahme 00000235 Hauptfeuerwache Wolfen 00000236 Ortsfeuerwehr Reuden</p> <p>Über diesen Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt: 23 Ja-Stimmen 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende stellt fest, dass damit der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen ist.</p> <p>Somit wurde der Beschlussantrag mit der Änderung zur Abstimmung gebracht.</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Haushaltsjahr 2015 mit folgenden Haushaltsplanbestandteilen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gesamtplan (Ergebnis- und Finanzplan) - Teilpläne (produktbezogene Budgets) - Stellenplan. <p>Der Beteiligungsbericht gemäß § 130 Abs. 2 Kommunalverfassungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) wird gesondert im Stadtrat erörtert und zur Kenntnis genommen.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 164-2014</p> <p>Ja 24 Nein 12 Enthaltung 3</p>
zu 8	<p>Erörterung des Beteiligungsberichtes der Stadt Bitterfeld-Wolfen für das Wirtschaftsjahr 2013</p> <p>Herr Weber informiert, dass die richtigen Hinweise aus dem Wirtschafts- und Umweltausschuss und von Herrn Dr. Rauball aus dem Hauptausschuss eingearbeitet sind. Herr Weber geht kurz auf diese Änderungen ein. Es werden keine weiteren Wortmeldungen festgestellt.</p>	<p>Mitteilungsvorlage M008-2014</p>
zu 9	<p>Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" zum 31. Dezember 2013</p> <p><i>Stadtrat Kröber und Stadtrat Kohlmann beteiligen sich nicht an der Abstimmung. Es ist somit von 37 Stimmberechtigten auszugehen. Stadtrat Pasbrig beteiligt sich wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung und der Diskussion.</i></p> <p>Es liegen keine Wortmeldungen vor.</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende lässt über den Beschlussantrag abstimmen.</p> <p><i>Beschluss:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat stellt den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht zum 31. Dezember 2013 fest. 2. Der Stadtrat beschließt die Entlastung der Betriebsleitung für das Jahr 	<p>Beschlussantrag 177-2014</p>

	<p>2013. 3. Der Stadtrat beschließt, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 16.755,46 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 34 Nein 1 Enthaltung 1 Bef 1</p>
zu 10	<p>Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen"</p> <p><i>Stadtrat Kröber und Stadtrat Kohlmann beteiligen sich wieder an der Sitzung. Es sind somit 39 Stimmberechtigte anwesend. Stadtrat Pasbrig beteiligt sich wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung und der Diskussion.</i></p> <p>Stadtrat Krillwitz beantragt im Namen der Fraktion Pro Wolfen eine Änderung in der vorliegenden Satzung und begründet dies. Es geht um folgende Änderung: Änderungsantrag: Der § 5 Abs. 3 Satz 2 ist zu streichen: „Der Betriebsleitung obliegt die laufende Betriebsführung. Hierzu gehören insbesondere die Einstellung, Entlassung sowie Wahrnehmung der personalrechtlichen Befugnisse für alle Beschäftigten beim Eigenbetrieb, soweit nicht der Stadtrat zuständig ist.“ Über diesen Änderungsantrag lässt die Stadtratsvorsitzende abstimmen. Es werden 27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen festgestellt. Sodann wird über die so geänderte Betriebssatzung des Eigenbetriebes „Stadthof Bitterfeld-Wolfen“ abgestimmt. <i>Beschluss:</i> Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" gemäß Anlage.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 180-2014</p> <p>Ja 35 Nein 0 Enthaltung 3 Bef 1</p>
zu 11	<p>Bestellung eines Vertreters der Beschäftigten des Eigenbetriebes in den Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des "Stadthof Bitterfeld-Wolfen"</p> <p><i>Stadtrat Pasbrig beteiligt sich wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung und der Diskussion.</i></p> <p>Herr Patzak informiert auf Anfrage von Stadtrat Krillwitz, dass die Wahl offiziell über den Personalrat durchgeführt wurde. Es wurden alle Beschäftigten an der Wahl beteiligt und Frau Elste hat mehrheitlich das Vertrauen der Beschäftigten erhalten. Weitere Wortmeldungen werden nicht festgestellt. Die Stadtratsvorsitzende ruft zur Abstimmung auf. <i>Beschluss:</i> Der Stadtrat bestellt mit Wirkung zum 01.01.2015 auf Vorschlag der Beschäftigten des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" im Einvernehmen mit dem Betriebsausschuss und der Oberbürgermeisterin</p> <p style="text-align: center;">Frau Andrea Elste</p> <p>gem. § 8 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) zum Vertreter der Beschäftigten in den Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes "Stadthof Bitterfeld-Wolfen".</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 181-2014</p> <p>Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Bef 1</p>
zu 12	<p>Zuschuss zum Ausgleich der Altersteilzeitverpflichtungen für den Eigenbetrieb "Stadthof Bitterfeld-Wolfen" im Haushaltsjahr 2014</p> <p><i>Stadträtin Garbotz-Chiahi verlässt die Sitzung. Somit sind 38 Stimmberechtigte anwesend.</i></p>	<p>Beschlussantrag 203-2014</p>

Stadtrat Pasbrig beteiligt sich wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung und der Diskussion.

Herr Hülßner gibt zunächst nähere Erläuterungen zum Sachverhalt. Er geht dabei auf die Altersteilzeitregelungen ein und den sich dadurch reduzierenden Personalbestand. Diese sind im Vergleich zur Privatwirtschaft unüblich und insofern eine Mehrbelastung für die Kalkulation des Stadthofes. Diese Altersteilzeitverpflichtungen können nur zum Teil erwirtschaftet werden. Die Differenz muss die Stadt als juristische Person zuschießen. Die Mittel sind entsprechend vorhanden.

Die hier nicht relevanten aber zur Sprache gekommenen Probleme im Eigenbetrieb „Stadthof“ wurden vom Ausschuss des Eigenbetriebes „Stadthof“ aufgegriffen und dieser wird ein sog. Betriebskonzept entwerfen, welches Aufschluss über die Zukunft des Eigenbetriebes „Stadthof“ bringen wird.

Stadtrat Krillwitz kritisiert die verzögerte Vorlage des Beschlussantrages und dass noch keine Zuarbeiten zu Umstrukturierungsmaßnahmen existieren. Aus diesem Grund bittet er um eine getrennte Abstimmung über den Antragsinhalt. Einmal für die Zahlung der 179.000,- € jetzt abzustimmen, aber über den Kassenkreditrahmen, 100 TEUR zu gewähren separat abzustimmen, damit der Stadtrat sich auch dazu separat eine Meinung bilden kann und die Machbarkeit in Zukunft betrachten kann.

Stadtrat Dr. Rauball geht auf die Umstände bei der Gründung des Eigenbetriebes „Stadthof“ ein und verweist auf damals getroffene Entscheidungen bezüglich der Altersteilzeitverpflichtungen, die geändert werden müssen. Er spricht von einem „Geburtsfehler“, der behoben werden müsse.

Stadtrat Vollmann sieht hier einen Zusammenhang mit der Senkung des Stundensatzes und möchte wissen, welche Auswirkung dies hat. Außerdem möchte er die Alternativen aufgezeigt bekommen, wenn es nicht zu dieser Beschlussfassung kommt.

Herr Hülßner informiert bezüglich des Kassenkredits, dass dies kein geschenktes Geld für den Stadthof ist. Er stellt lediglich die Möglichkeit dar, sich von der Stadt im Rahmen des Kassenkreditrahmens zeitweise Liquidität zu leihen. Momentan bestünde diese Möglichkeit nicht. Auch Herr Hülßner räumt diese Situation als „Geburtsfehler“ ein, und legt das Einräumen des Kassenkredits als eine Möglichkeit einer Heilung dar. Für das wirtschaftliche Ergebnis ist der Stundensatz mitentscheidend, aber seit 2010 besteht in allen Bereichen der Stadt Finanzknappheit und der Stundensatz ist letztlich mit einer Konsolidierungsmaßnahme gleichzusetzen. Mittlerweile ist auch hier die Grenze erreicht. Mit dem Finden neuer Bemessungskriterien könnte eine Veränderung diesbezüglich erreicht werden. Dies hat aber mit dem heute vorliegenden Beschlussantrag nichts zu tun. Es besteht zum 31.12.2014 ein Liquiditätsmanko von 179.000,- €, welches zum „Überleben“ des Eigenbetriebes notwendig ist. Ansonsten müssten Arbeitsvertragsverletzungen im Namen der Stadt Bitterfeld-Wolfen begangen werden.

Bei der derzeitigen Erarbeitung eines Betriebskonzepts werden auch die Stundensätze betrachtet.

Herr Hülßner betont nochmals, dass die Erwirtschaftung der Altersteilzeitverpflichtungen nicht zur ökonomischen Zielstellung des Eigenbetriebes gehört. Bisher war dies zwar möglich aber die Grenzen sind nunmehr erreicht und daran ist die Konsolidierung des Gesamthaushaltes nicht unbeteiligt. Ohne die Altersteilzeitregelungen bestünde das Liquiditätsproblem des Stadthofes nicht.

Stadtrat Gatter spricht die längst notwendige Prüfung der Effektivität des

Stadthofes an.

Stadtrat Kulman fragt nach Möglichkeiten von Kündigungserleichterungen und drückt seine Zuversicht zur Erhaltung des Stadthofes aus.

Stadtrat Schenk geht auf den Änderungsantrag von Stadtrat Krillwitz ein und stellt dazu einen Ergänzungsantrag. Er reicht folgenden Änderungsantrag ein:

...dass Punkt 2 „bis zum 31.12.2015“ gilt.

Frau Wust macht Stadtrat Gatter darauf aufmerksam, dass die Effektivität des Stadthofes immer Thema ist und auch bei der Erarbeitung des neuen Konzepts thematisiert wird.

Stadtrat Dr. Welsch gibt zu bedenken, dass geprüft werden müsse, ob der Eigenbetrieb die geeignete Betriebsform ist. Es sei nur konsequent, wenn entweder ein Regiebetrieb oder ein Privatbetrieb daraus entstehen würde.

Auf die Anfrage von **Stadtrat Kulman** teilt **Frau Wust** mit, dass es nur auf Grund von Fehlverhalten eines Mitarbeiters zu einer Kündigung führen kann. Weitere Anfragen werden an den Ausschuss Eigenbetrieb Stadthof verwiesen.

Stadtrat Roi fragt, seit wann der Nachschubbedarf besteht. Er gibt zu Protokoll, dass die Geschäftsführung in die Pflicht genommen wird, dass es beim I. Quartal bleibt. Es müsse in dem neuen Konzept auch festgehalten werden, was gegen den Krankenstand unternommen werden soll.

Herr Hülßner betont, dass diese Altersteilzeitverpflichtung zusätzliche Erwirtschaftungsziele des Eigenbetriebes „Stadthof“ waren. Dass diese nicht erwirtschaftet werden konnten, deutete sich im II. Quartal an. Durch die einerseits neue Bildung der Ausschüsse und der damit verzögerten Beratungen und die sich andererseits weiter verschärfende Situation, die so nicht absehbar war, kam es zu dem heute vorliegenden Beschlussantrag mit der auch zu kalkulierenden Größe.

Die **Stadtratsvorsitzende** macht für die Abstimmung über den zu ändernden Beschlussantrag dem Einreicher folgenden Vorschlag:

Für den Punkt 2 wird das Wort „jeweils“ gestrichen und nach Haushaltssatzung kommt hinzu bis 31.12.2015.

Stadtrat Tischer fragt nach der getrennten Abstimmung, über die der Stadtrat aber noch nicht entschieden hat.

Die **Stadtratsvorsitzende** fragt, ob der Stadtrat bereit ist, über den Antragsinhalt getrennt abzustimmen.

Sie stellt Stimmgleichheit und damit die Ablehnung einer Trennung des Antragsinhaltes und der getrennten Abstimmung über den Antragsinhalt fest. Somit wird über den Antragsinhalt in Gänze abgestimmt.

Der Änderungsantrag der Fraktion CDU-Grüne-IFW wird mit dem geänderten Text („jeweils“ wird gestrichen und nach Haushaltssatzung kommt hinzu „bis 31.12.2015“). Die Oberbürgermeisterin übernimmt diese Änderung als Einreicher nicht. Somit muss darüber abgestimmt werden. Die Stadtratsvorsitzende lässt über den Änderungsantrag („jeweils“ wird gestrichen und nach Haushaltssatzung kommt hinzu „bis 31.12.2015“) abstimmen.

Mit 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ist der Änderungsantrag angenommen.

Die Stadtratsvorsitzende lässt nunmehr über den so geänderten Antragsinhalt abstimmen.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt einen Zuschuss zum Ausgleich der Altersteilzeitverpflichtungen für den Eigenbetrieb Stadthof in Höhe von 179 TEUR als außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 105 KVG für das Haushaltsjahr 2014.
2. Zur Absicherung vorübergehender kurzfristiger Liquiditätsprobleme wird in den Folgejahren für den Eigenbetrieb Stadthof ein interner

	<p>Kassenkredit in Höhe von 100 TEUR zu Lasten der geltenden Haushaltssatzung bis zum 31.12.2015 eingeräumt.</p>	<p>Ja 33 Nein 1 Enthaltung 3 Bef 1</p>
	<p>mehrheitlich mit Änderungen beschlossen</p>	
zu 13	<p>2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p><i>Stadtrat Rüger verlässt die Sitzung. Somit sind 37 Stimmberechtigte anwesend.</i></p> <p>Die Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke, informiert, dass ein Änderungsantrag der Fraktion AfD und ein Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin vorliegen. Kurz darauf informiert die Stadtratsvorsitzenden über nunmehr 5 eingereichte Änderungsanträge. Frau Wust geht zunächst auf ihren Änderungsantrag ein. Sie verweist auf einen neuen Runderlass bzgl. Spenden und beantragt, im § 4 Nr. 7 den Betrag in Höhe von 5.000 Euro auf 1.000 Euro zu ändern. Im Runderlass ist auch geregelt, dass sowohl der Stadtrat als auch der Landkreis über Spenden der Stadt informiert werden müssen.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball geht auf die von der Fraktion eingereichte 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen ein. Er weist darauf hin, dass man sich am 19.11.14 in der Beratung der Stadtratsmitglieder verständigt hatte.</p> <p>Er erläutert sodann die von der Fraktion eingereichte aktuelle Version der 2. Änderungssatzung und begründet diese im Detail.</p> <p>Stadtrat Schenk geht auf einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion CDU-Grüne-IFW und der Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD ein. Dieser beinhaltet, dass der vorliegende Satzungsentwurf der Fraktion DIE LINKE. in 2 separate Satzungsentwürfe aufgespalten werden sollte. Über diese sollte dann auch separat abgestimmt werden. Er begründet dies mit der Genehmigungsfähigkeit der Änderungssatzung. Er erklärt, dass in der 2. Änderungssatzung seines Antrages alles enthalten ist, was Stadtrat Dr. Rauball vorgetragen hat. Es wurde lediglich eine Erweiterung vorgenommen, eine Regelung zu schaffen, die es dem Jugendbeirat ermöglicht, eine Stimme zu haben und auch in dem formellen Verfahren, im Ausschuss, sprechen zu können. Insofern schlägt er vor, den § 10 zu strukturieren in Abs. (1) und Abs. (2). In Abs. (1) wird der bisherige Text eingefügt und nunmehr heißt es es jetzt hier: Dem § 10a wird Absatz (2) der Text angefügt: „(2) In der Stadt Bitterfeld-Wolfen wird ein Kinder- und Jugendbeirat gebildet. Näheres hierzu regelt die Satzung des Kinder- und Jugendbeirates der Stadt Bitterfeld-Wolfen.“</p> <p>In der nunmehr 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung ist ausschließlich der Punkt „Beigeordneter“ erfasst über den separat abgestimmt und von der Kommunalaufsicht genehmigt werden kann.</p> <p>Stadtrat Tischer weist darauf hin, dass sich hier ein Jugendbeirat gegründet hat und man dies auch so akzeptieren, und nicht einen Kinder- und Jugendbeirat erzwingen sollte.</p> <p>Stadtrat Roi fragt, ob das Rederecht vor dem Stadtrat für den Jugendbeirat in der Hauptsatzung festgeschrieben werden muss. Er teilt mit, dass er seinen Antrag zurückziehen wird, wenn die von Stadtrat Schenk vorgetragene Änderung zur Abstimmung gebracht wird. Letztlich müsse der Wille des Jugendbeirates, sich einzubringen, ermöglicht werden. Zu § 13 Bürgerbefragung wird von der Fraktion der AfD eine Ergänzung beantragt, die beinhaltet, dass der Stadtrat jederzeit eine Bürgerbefragung beschließen kann, also in welcher Form das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben ist, insbesondere, ob das Ergebnis nach Ortsteilen aufgeschlüsselt werden soll bzw. einen, den das Thema tangierenden Ortsteil separat befragt werden kann.</p>	<p>Beschlussantrag 179-2014</p>

Stadtrat Herder verkündet, dass die Fraktion DIE LINKE. den Änderungsantrag der Fraktion der AfD zum § 13 Bürgerbefragung übernimmt. Er weist darauf hin, dass ein Jugendbeirat nicht zu einem Stadtratsgremium erhoben werden kann, da man dies sonst auch allen spezifischen Interessenvertretungen in dieser Stadt einräumen müsse. Er erklärt sein Verständnis zu einem Beirat allgemein. Letztlich könne es dabei belassen bleiben, dass, wenn ein Thema zur Jugend in einem Ausschuss beraten wird, ein Tagesordnungspunkt benannt und der Jugendbeirat ausdrücklich dazu eingeladen werden. Damit wird gleichzeitig ein Rederecht eingeräumt. Dies betrifft das Prozedere für ein Rederecht vor dem Stadtrat ebenso. Es können Anträge vom Jugendbeirat an Fraktionen herangetragen werden, die diesen Antrag zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorlegen und somit zur Beschlussfassung führen können. Von einer Festschreibung, dass ein Jugendbeirat gebildet werden müsse, rät er ab und begründet dies. Die Jugendlichen sollten sich als Interessenvertretung organisieren und sich jederzeit mit ihren Anliegen an die Stadträte oder die Oberbürgermeisterin wenden können.

Stadtrat Schenk verkündet, dass die Fraktion CDU-Grüne-IFW den Punkt 2 wie folgt ändern würde: „In der Stadt Bitterfeld-Wolfen kann ein Jugendbeirat gebildet werden. Näheres hierzu regelt die Satzung des Jugendbeirates der Stadt Bitterfeld-Wolfen.“ Er beantragt weiter, dass über die 2 separaten Satzungen abgestimmt wird und dann zu jedem einzelnen Vorschlag eine separate Abstimmung erfolgt. Den Jugendlichen sollte ein „Anker“ gegeben werden.

Die **Stadtratsvorsitzende** bittet Stadtrat Schenk um Prüfung, ob seine Fraktion in dieser 2-Teilung den Antrag von der Oberbürgermeisterin und den Antrag von der Fraktion DIE LINKE. die den Antrag von der Fraktion der AfD übernahm, auch übernehmen würde.

Stadtrat Kröber fragt die Verwaltung nach der Rechtmäßigkeit zum Antrag den § 13 betreffend.

Frau Kubisch teilt mit, dass ihr der Antrag nicht vorliegt und dass ihr nicht bekannt ist, dass eine Bürgerbefragung so vorgesehen ist; es wäre eine neue Art der Bürgerbeteiligung.

Stadtrat Herder spricht von einer ihm bekannten Zulässigkeit von Bürgerbefragungen. Er gibt den Hinweis, dass bei Übernahme des Antrages der Fraktion CDU-Grüne-IFW bezüglich der Trennung in 2 Änderungssatzungen, dann im Pkt. 7 und Pkt. 8 in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. die rot und durchgestrichenen Worten nunmehr gestrichen werden müssen.

Frau Kubisch weist darauf hin, dass es einer Prüfung bezüglich der „Bürger“ bedarf, weil sie nicht nur Bürger der Ortsteile, sondern Bürger der Stadt Bitterfeld-Wolfen sind und dass es dann problematisch wäre, wenn es ortsteilsbezogen durchgeführt wird.

Stadtrat Roi informiert über seine Kenntnis, dass eine Bürgerbefragung so durchgeführt werden könne und dass man Zeichen setzen sollte. Es sollte der Stadtrat sich entscheiden, ob ortsteilsbezogene Befragungen ermöglicht werden sollten oder nicht.

Stadtrat Tischer spricht sich gegen ein „Zementieren“ der Aufteilung in Ortsteile aus.

Stadtrat Kröber unterstützt den Hinweis von Stadtrat Tischer, weil keine juristische Klärung für die Aufteilung in Ortsteile vorliegt.

Stadtrat Krillwitz geht auf den Passus zur Besetzung der Ausschüsse, insbesondere auf die Besetzung der beratenden Ausschüsse ein. Er begründet die Notwendigkeit der Mitarbeit der kleineren Fraktionen in den beratenden Ausschüssen des Stadtrates und stellt nochmals den Antrag zu §7 Abs. (3) „Die Ausschüsse bestehen aus sieben Stadträten“ eine Änderung in: „Die

Ausschüsse bestehen aus neun Stadträten“.

Stadtrat Roi unterstützt den Antrag von Stadtrat Krillwitz und begründet dies ebenso, nämlich mit der Möglichkeit der „harten Vorarbeit in den Ausschüssen“.

Stadtrat Kröber verweist auf das bereits eingeräumte demokratische Recht für eine Abstimmung in den beschließenden Ausschüsse auch für die kleinen Fraktionen und hält dies für wirkungsvoll und gut.

Die **Stadtratsvorsitzende** ruft sodann zu folgenden Abstimmungen auf:

Die erste Abstimmung erfolgt darüber, ob die jetzt anstehenden Änderungen zur Hauptsatzung in zwei Teilen erfolgen soll, d.h. in der 2.

Änderungssatzung und in der 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung:

Die Abstimmung über die Teilung erbringt:

29 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Damit wird der Antrag bestätigt, dass über zwei getrennte Änderungssatzungen abgestimmt werden muss.

Die Frage der Stadtratsvorsitzenden an den Einreicher des BA, ob eine Einzelabstimmung durchgeführt werden soll, wird bejaht.

Es erfolgen folgende Abstimmungen:

In der jetzt bestehenden Satzung § 6 Absatz 5 Sätze 2 und 3 sind zu streichen:

(„Die Zuteilung des Ausschussvorsitzes erfolgt nach der Reihenfolge der Höchstzahlen nach d'Hondt. Die Fraktion, die den Vorsitzenden stellt, benennt auch den Vertreter für den Verhinderungsfall aus der Mitte der dem jeweiligen Ausschuss angehörenden Stadträte der Fraktion“.)

Herr Schenk stellt richtig, dass die Punkte 1 bis 4 einen Sachverhalt ergeben; man kann diese nur zusammen beschließen oder ablehnen; daher ist über diese Punkte insgesamt zu befinden.

Die **Stadtratsvorsitzende** setzt sodann wie folgt fort:

In der jetzt bestehenden Satzung § 6 Absatz 5 Sätze 2 und 3 sind zu streichen, dafür soll nach § 6 Absatz 7 folgender Absatz 8 (nach einem berichtigen Hinweis von **Stadtrats Dr. Sendner**) eingefügt werden:

„Für den Hauptausschuss, den Bau- und Vergabeausschuss und die beratenden Ausschüsse gemäß § 5 Ziffer 2 benennen die Fraktionen die Ausschüsse, deren Vorsitze sie beanspruchen, in der Reihenfolge der Höchstzahlen nach d'Hondt und bestimmen den Vorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern. Die Fraktion, die den Vorsitz stellt, benennt auch den Vertreter aus der Mitte der dem jeweiligen Ausschuss angehörenden Stadträte der Fraktion.“

Dies bedeutet, dass der bisherigen § 6 Absatz 8 dann der § 6 Absatz 9 wird.

Der § 7 Absatz 2 wird gestrichen; der folgende bisherige § 7 Absatz (3) wird § 7 Absatz (2) und der folgende bisherige § 7 Absatz (4) wird § 7 Absatz (3).

Die **Stadtratsvorsitzende** bittet die Stadträte um ihr Votum über die genannten Änderungen:

Diese werden mit 20 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen bestätigt.

Herr Dr. Gülland stellt an dieser Stelle den Antrag um Wiederholung der Auszählung, da er die Anzahl der anwesenden Stadträte bezweifelt. Diese stellt sich allerdings als korrekt heraus, so dass Herr Dr. Gülland seinen Antrag zurückzieht.

Die **Stadtratsvorsitzende** lässt als Nächstes über den § 10a abstimmen, der die Beiräte betrifft. Dieser erhält jetzt zwei Absätze; der bisherige wird Abs. (1).

Hinzugefügt wird Abs. (2), der dann nach nochmaliger Verständigung aller

Stadträte lautet:

„In der Stadt Bitterfeld-Wolfen kann ein Jugendbeirat gebildet werden. Näheres hierzu regelt die Satzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen für den Jugendbeirat.“

Es wird folgendes Votum abgegeben:

34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die nächste Abstimmung erfolgt zum § 11, Einwohnerversammlung. Hier soll der Absatz (1) mit folgendem Satz beginnen:

„Über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt sollen die Einwohner auch durch Einwohnerversammlungen unterrichtet werden. Die Oberbürgermeisterin beruft mindestens zweimal jährlich die Einwohnerversammlung ein.“

Das Votum ergibt 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Des Weiteren wird über den § 11 Absatz (2) abgestimmt, der da lauten soll:

„Weitere Einwohnerversammlungen können auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.“

Die Abstimmung ergibt 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Als Nächstes erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag von Frau Wust, dass die Spenden von 5.000 Euro auf 1.000 Euro reduziert werden. (red. Hinweis: siehe Änderungsantrag, wird nicht nochmals von Frau Zoschke verlesen)

Der Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen einstimmig bestätigt.

Ferner wird darüber abgestimmt, die Formulierung der 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung bezüglich des §9 wie folgt zu ändern: „Die Formulierung im § 9 Absatz (3) Nummer 3“ wird geändert in „§ 9 Absatz (1) Nummer 3“. Der Antrag wird mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt.

Über den Antrag der AfD, im § 13, Bürgerbefragung durch den folgenden Text den Satz 2 zu erweitern:

„... dabei muss insbesondere festgelegt werden, ob das Ergebnis nach Ortsteile aufgeschlüsselt werden soll. Eine Bürgerbefragung kann auch auf einen Ortsteil begrenzt stattfinden. ...“ wird abgestimmt.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag von Pro Wolfen, im § 7, Abs. 3 die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder in den beratenden Ausschüssen auf 9 zu erhöhen, wird mit 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen wird mit den genannten Änderungen mit 31 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt.

Die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung, wonach nach § 9 der „§ 9a Beigeordneter“ eingefügt werden soll, wird mit 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Die **Stadtratsvorsitzende** stellt fest, dass nunmehr die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung entfällt und die 2. Änderungssatzung eingereicht werden kann. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die als Anlage beigefügte

	<p>2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 30.07.2014.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 31 Nein 5 Enthaltung 1</p>
	<p>Fortsetzung der Sitzung vom 03.12.2014 mit zunächst 14 Stadträten und der Oberbürgermeisterin:</p>	
<p>zu 14</p>	<p>Zuständigkeitsordnung für die beratenden Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende begrüßt alle Anwesenden zur Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 03.12.2014. Es wird darüber informiert, dass die in der Sitzung am 03.12.2014 nicht Anwesenden bzw. die die Sitzung vorzeitig verlassen haben von dem heutigen Termin der Fortsetzung in Kenntnis gesetzt wurden.</p> <p>Es sind zunächst 15 Stimmberechtigte anwesend. Da kein Stadtrat die Beschlussfähigkeit wegen Unterschreitung der erforderlichen Mitgliederzahl bemängelt, wird die Sitzung vom 03.12.2014 fortgesetzt.</p> <p><i>Während dieses Tagesordnungspunktes beteiligt sich außerdem Stadtrat Roi, so dass 16 Stimmberechtigte anwesend sind.</i></p> <p>Stadtrat Dr. Rauball weist auf die Beratung der Fraktionen am 19.11.2014 hin, in welcher man sich zu den Zuständigkeiten aller Ausschüsse auf Grund von Hinweisen verständigte. Er bemerkt, dass in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales die Beratung zur „Sozialraumplanung“ aufgenommen werden sollte. Er wirbt um Zustimmung durch den Stadtrat.</p> <p>Stadtrat Kröber stellt fest, dass die Inhalte der vorliegenden Zuständigkeitsordnung nicht alle im Bereich der Verantwortung des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen liegen. Dies betrifft insbesondere die Zuständigkeiten des Ausschusses für Soziales. Er kündigt an, dass die Fraktion CDU-Grüne-IFW in diesem Sinne die Zuständigkeitsordnung ablehnen wird und sich vorbehält, bei mindestens 2 Ausschüssen die Zuständigkeiten durch die Kommunalaufsicht prüfen zu lassen.</p> <p>Stadtrat Rohde interessiert, warum von der Fraktion erst eine Zustimmung signalisiert wurde und nunmehr die Ablehnung angekündigt wird. Er begründet die Aufnahme der Zuständigkeit „Sozialraumplanung“ in den Sozialausschuss u.a. mit der Verantwortung der Stadt Bitterfeld-Wolfen, die auch auf Grund ihrer Größe nicht ohne Mitspracherrecht oder Information zu diesem Thema sein sollte. Herr Rohde übergibt einen entsprechenden Antrag der Stadtratsvorsitzenden.</p> <p>Stadtrat Schenk begründet nochmals die Entscheidung seiner Fraktion und weist darauf hin, dass ungeachtet der Zuständigkeit der Ausschüsse ggf. das politische Votum erfragt wird und somit über betreffende Themen beraten werden kann ohne dass dies festgeschrieben sind.</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende teilt mit, dass im Abschnitt III „Ausschuss für Soziales“ unter einem weiteren Anstrich „Sozialraumplanung“ aufgenommen werden soll.</p> <p>Darüber lässt sie abstimmen.</p> <p>Es werden 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen festgestellt. Sodann wird über den Beschlussantrag einschließlich der Änderung abgestimmt.</p> <p><i>Beschluss:</i></p> <p>Der Stadtrat beschließt die Zuständigkeitsordnung für die beratenden Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 149-2014</p> <p style="text-align: right;">Ja 10 Nein 5 Enthaltung 1</p>

<p>zu 15</p>	<p>Auftrag zur Erarbeitung eines Konsolidierungsgutachtens</p> <p>Stadtrat Kröber geht detailliert auf den Beschlussantrag ein und begründet diesen.</p> <p>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, geht auf den angesprochenen Haustarifvertrag ein, erinnert an bereits oft geführte Diskussionen und Aussagen dazu. Frau Wust teilt mit, dass sie für einen externen Gutachter plädiert, weil für die offensichtliche Lösung bekannter Probleme bisher keine Mehrheit gefunden werden konnte. Zum Personal muss betont werden, dass seit der Fusion ca. 150 Stellen abgebaut wurden, und dass man an die Grenzen des Machbaren kommt. Nur mit der Abgabe von Aufgaben kann auch Personal abgegeben werden. Im Übrigen beträgt das Durchschnittsalter der Mitarbeiter ca. 53 Jahre. Sie weist weiter darauf hin, dass der externe Gutachter all das darstellen wird, was allen bereits bekannt ist. Das Durchsetzen der Maßnahmen ist aber das Entscheidende, und daran wird es wieder scheitern. Es besteht z.Z. eine Infrastruktur in der Stadt Bitterfeld-Wolfen für 80.000 Einwohner und nicht für die realen 40.000.</p> <p>Stadtrat Roi bestätigt, dass externes Wissen benötigt wird, aber erst dann wenn die Stadträte nicht mehr weiter wissen. Aus den Vorreden ist aber ersichtlich, dass bekannt ist, dass man bei der Umsetzung von möglichen Maßnahmen auf Widerstand gestoßen ist. Dazu bedarf es aber keines Gutachters. Er spricht die Grundstückspreise an der Goitzsche im Verhältnis zu denen in Thalheim an und möchte dazu eine Erklärung.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball distanziert sich davon, das Personal zu reduzieren. Er stellt aber fest, dass kein Erkenntnisproblem besteht, sondern ein Umsetzungsproblem. Um dies zu ändern, ist die gute Vorarbeit in den Ausschüssen, insbesondere im Haushalts- und Finanzausschuss gefragt. Er weist darauf hin, dass die Bestellung eines Gutachters, der mit Mitteln des Finanzministeriums finanziert wird, gewisse Verpflichtungen zu Konsolidierungsmaßnahmen mit sich bringt.</p> <p>Frau Wust bestätigt dies und fordert die Stadträte auf, sich zu positionieren, Konsolidierungsmaßnahmen zu finden, zu diskutieren und dazu Entscheidungen zu treffen. Man ist auch dem Bürger gegenüber zur Ehrlichkeit verpflichtet und muss nicht einen Gutachter bemühen, der letztendlich auch die Entscheidung dem Stadtrat nicht abnimmt.</p> <p>Stadtrat Rohde schließt sich den Meinungen von Stadtrat Dr. Rauball und Frau Wust an und stellt weiter fest, dass ein Gutachter die freiwilligen Aufgaben näher betrachten wird und die Attraktivität der Stadt würde bei der entsprechenden Umsetzung leiden.</p> <p>Stadtrat Kröber zeigt nochmals die Vorteile eines externen Gutachters auf.</p> <p>Frau Wust legt an Beispielen dar, wie schwer sich die Stadträte tun, die Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen zu unterstützen. Es war bereits schon bei der Zusammenlegung der 2 Meldestellen Gegenwehr zu spüren, die auch in der Öffentlichkeit noch verstärkt wurde, statt die Verwaltung bei der Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahme zu unterstützen. Mit Blick auf solche Situationen drückt sie den Wunsch nach einem externen Gutachter aus.</p> <p>Herr Schenk geht auf ein Beispiel (Straße Am Kraftwerk) ein, bei dem ein Mediator nach Jahren der Auseinandersetzung solch einen Kompromis finden konnte, dass diese Angelegenheiten nun geschlichtet sind. Er geht auf die Freiheit eines Gutachters bezüglich der Sparzwänge der Stadt und der Verantwortung der Stadträte gegenüber der wählenden Bürgerschaft ein. Es zählen hier die Fakten und örtlichen Gegebenheiten, die untersucht werden und mit dem Gang eines neuen Verfahrensweges könnte das Ziel ggf. besser erreicht werden. Er macht weiter auf den Beschlussantrag aufmerksam, in welchem auch nach der Begutachtung der Stadtrat letztlich die Entscheidungen treffen soll.</p>	<p>Beschlussantrag 187-2014</p>
--------------	---	--

	<p>Aus der weiteren Diskussion der Stadträte geht hervor, dass die Probleme und Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung bekannt sind, diese aber <u>nicht</u> konsequent geprüft, diskutiert, verfolgt und letztlich verantwortungsbewusst umgesetzt werden. Sie sehen aber mit dem Einsatz eines externen Gutachters nicht die Erreichung des Ziels.</p> <p><i>Beschluss:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin auf der Grundlage des Erlasses des Ministeriums für Finanzen vom 16. April 2014 mit der Erarbeitung eines Haushaltskonsolidierungsgutachtens. 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, auf der Grundlage des o.g. Erlasses in Abstimmung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss unter Einbeziehung des Ministeriums für Finanzen die Aufgabenstellung für die Erarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes vorzubereiten. Die Aufgabenstellung ist vom Stadtrat zu bestätigen. Bearbeitung und Ausschreibung ist mit dem Ziel durchzuführen, dass der Gutachter spätestens im zweiten Quartal 2015 seine Arbeit aufnimmt und das Gutachten bis zum vierten Quartal 2015 vorliegt. 3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Kosten für die Erstellung des Haushaltskonsolidierungsgutachtens in dem Haushaltsplanentwurf/Haushalt* 2015 aufzunehmen und die von Seiten des Ministeriums für Finanzen zugesagte finanzielle Unterstützung in Höhe von 50.000 Euro umgehend zu beantragen und als eine Einnahme für dieses Vorhaben auszuweisen. <p>*entsprechend der Beschlussfassung im Stadtrat</p>	<p style="text-align: right;">abgelehnt</p> <p>Ja 6 Nein 10 Enthaltung 0</p>
<p>zu 16</p>	<p>Bewertungs- und Aktivierungsrichtlinie der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende stellt keine Wortmeldungen fest. Sie ruft zur Abstimmung auf.</p> <p><i>Beschluss:</i></p> <p>Der Stadtrat beschließt die Bewertungs- und Aktivierungsrichtlinie der Stadt Bitterfeld-Wolfen und ermächtigt die Oberbürgermeisterin, diese entsprechend dem Erkenntnisgewinn als Dienstanweisung zu erlassen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 206-2014</p> <p>Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 17</p>	<p>Jahresrechnung 2010 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß § 120 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA)</p> <p><i>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, nimmt wegen Befangenheit nicht an der Diskussion und Abstimmung teil und nimmt in den Reihen der Besucher Platz.</i></p> <p>Stadtrat Rohde versteht nicht, weshalb erst jetzt die Jahresrechnung 2010 vorliegt. Er benennt die aus seiner Sicht bestehenden Unstimmigkeiten. Es besteht beispielsweise ein Prüfauftrag, der im Ergebnis aber nicht abgearbeitet erscheint. Z. B. ob der Haushaltsplan wie beschlossen eingehalten wurde, bezüglich der Inventurrichtlinie wurde festgestellt, dass die Inventur der Stadt dieser Richtlinie nicht entspricht.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball weist darauf hin, dass er den Haushaltsplan der Stadt Bitterfeld-Wolfen von 2010 nicht kennt und somit keine Prüfung nachvollziehen kann. Er wird sich demzufolge bei der Abstimmung enthalten.</p> <p>Herr Hülßner teilt zur Erfüllung des Haushaltsplans 2010 mit, dass hier erkennbar ist, dass einer der wesentlichsten Teile der Defizite der Stadt Bitterfeld-Wolfen entstanden ist. Es werden mit der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt Hinweise an die Verwaltung gegeben, wo Verbesserungen nötig sind. Bezüglich der Inventurrichtlinie verweist Herr Hülßner auf die zwischen Inventurrichtlinie des Landes und den praktischen</p>	<p>Beschlussantrag 199-2014</p>

	<p>Anwendern der Doppik bestehenden Differenzen, hinsichtlich des nach wie vor betriebenen Gesamtaufwandes. Im Lenkungsbeirat des Landes wird derzeit versucht, hierzu Abhilfe zu schaffen. Die Stadt ist stets bemüht, den steten Aktualisierungen der Rechtsgrundlagen Rechnung zu tragen. Herr Hülßner verweist darauf, dass im Jahr 2010 allein -23 Mio. € Verluste erwirtschaftet wurden und jetzt könne man sich die Frage stellen, welche Aufgabe nicht erfüllt wurde, wo die 23 Mio. € verblieben sind. Die Jahresrechnung sagt aus, dass diese -23 Mio. € Haushaltsverluste auf der Grundlage der gesetzlichen Wirkungen des Finanzausgleichsgesetzes entstanden sind.</p> <p>Die Jahresrechnung von 2010 konnte erst jetzt vorgelegt werden, da die vorangegangenen Arbeitsprozesse es nicht anders zuließen.</p> <p>Im Übrigen steht es jedem Stadtrat frei, in den Haushaltsplan 2010 Einsicht zu nehmen.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball vermisst die Fachkompetenz durch anwesende Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes.</p> <p>Stadtrat Rohde möchte mit einem „Ja“ oder „Nein“ erfahren, ob der Haushaltsplan eingehalten wurde.</p> <p>Herr Hülßner verweist auf eine sehr gute Plandisziplin (Darstellung im Lagebericht), so dass keine Überschreitung der Haushaltsansätze ohne Genehmigung des Stadtrates zu verzeichnen war.</p> <p>Durch die Anwesenheit der Leiterin des FB Rechnungsprüfung an der entsprechenden Vorberatung wurde eine Teilnahme an dieser Sitzung nicht mehr als notwendig erachtet und eine Vorschrift dafür ist auch nicht bekannt.</p> <p>Stadtrat Roi stellt fest, dass die Gemeinde Thalheim die 15 Mio. € nicht als Rücklage eingebracht hat.</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Stadtrat beschließt die Jahresrechnung 2010 für die Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß Anlage und erteilt der Oberbürgermeisterin für die entsprechende Haushaltsführung 2010 die Entlastung.</p>	<p>Ja 7 Nein 1 Enthaltung 7 Bef 1</p>
<p>zu 18</p>	<p>2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04/91 "Zentrum Ost": Änderung des planungsrechtlichen Verfahrens; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende stellt keine Wortmeldungen fest und ruft zur Abstimmung auf.</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das planungsrechtliche Verfahren zur Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04/91 „Zentrum Ost“ im OT Wolfen wird geändert. Es wird nunmehr gemäß § 13 BauGB (vereinfachtes Verfahren) ein Bebauungsplan aufgestellt. Der Geltungsbereich kann der Planzeichnung in der Anlage 1 entnommen werden. Der Anlass für die Änderung des Bebauungsplans ergibt sich aus der Nutzungsänderung der Flurstücke 217 und 219. Die Festlegung einer öffentlichen Parkierungsanlage wird in Verkehrsfläche geändert. Nicht benötigte Verkehrsflächen werden mit Straßenbegleitgrün gestaltet. 2. Der Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04/91 „Zentrum Ost“ im OT Wolfen in der Fassung vom August 2014 wird gebilligt. 3. Der Entwurf und die Begründung werden nach § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt. Parallel dazu werden gemäß § 4 (2) von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sowie von den 	<p>Beschlussantrag 194-2014</p> <p>Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0</p>

	<p>Nachbargemeinden Stellungnahmen zum Planentwurf eingeholt. Eine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung im Sinne des § 3 (1) BauGB findet nicht statt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	
zu 19	<p>Genehmigung einer überplanmäßige Ausgabe für die Baumaßnahme Hitschkendorfer Straße</p> <p><i>Stadtrat Ziehm und Stadtrat Roye beteiligen sich an der Sitzung. Somit sind 18 Stimmberechtigte anwesend.</i></p> <p>Stadtrat Dr. Rauball fragt, wann festgestellt wurde, dass Mehrausgaben anfallen werden.</p> <p>Herr Arning erklärt, dass es bei Baumaßnahmen zu unvorhersehbaren Änderungen/Abweichungen vom ursprünglichen Leistungsverzeichnis kommen kann, die sehr schnelle Entscheidungen erfordern und finanzielle Auswirkungen zunächst nur grob eingeschätzt werden können. Um die Baumaßnahmen nicht zu verzögern, wird so verfahren und erst im Nachgang kann ein entsprechender Beschlussantrag erarbeitet und vorgelegt werden.</p> <p><i>Beschluss:</i></p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt eine überplanmäßige Ausgabe zur Deckung der in 2014 anfallenden Mehrkosten beim Ausbau der Hitschkendorfer Straße in Höhe von 50.000,00 €. Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 171-2014</p> <p style="text-align: right;">Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 20	<p>Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse</p> <p><i>Stadtrat Roi verlässt die Sitzung. Somit sind 17 Stimmberechtigte anwesend.</i></p> <p>Die Oberbürgermeisterin informiert über eine notwendige redaktionelle Änderung einen in der Sitzung vom 22.10.14 betreffenden Beschlussantrag zum Verkauf eines Grundstücks in der Gemarkung Bitterfeld. Hier ist ein Flurstück mit „7“ bezeichnet. Es handelt sich aber um das Grundstück „8“. Im weiteren Text ist dann die Rede vom „... die ganze Fläche von 2776 m² beide in der Flur „7“, hier wäre die richtige Bezeichnung Flur „8“. Im Beschluss wurde dies bereits berichtigt. Dieser wird als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball macht auf die Korrektheit des Notarvertrages aufmerksam und meldet diesbezüglich Bedenken an.</p> <p>Frau Wust bestätigt, dass im Notarvertrag die richtigen Flurstücksbezeichnungen enthalten sein werden.</p> <p>Nach einer klärenden Diskussion einigen sich die Stadträte darauf, die Änderungen protokollarisch festhalten zu lassen und den Beschluss mit den nunmehr richtigen Flurstücksbezeichnungen zur weiteren Bearbeitung (einschließlich Notarvertrag) zu nutzen.</p> <p>Die OB informiert über die gefassten Beschlüsse beschließender Ausschüsse seit der letzten Stadtratssitzung (<i>s. dazu Anlage 2 zur Niederschrift</i>).</p> <p>Zur Besetzung des Aufsichtsrates der WBG wurde durch Stadtrat Schenk bekanntgegeben, dass Herr Dr. Horn Aufsichtsratsmitglied werden soll. Da sich bislang kein Widerstand regt, wird so verfahren.</p> <p>In der letzten Stadtratssitzung wurde angeregt, ein Schreiben zur „Verteilung der Asylbewerber“ an den Landkreis zu verfassen. Dieses Schreiben wurde von der Stadtratsvorsitzenden, Frau Zoschke, und der Oberbürgermeisterin, Frau Wust, unterzeichnet und weitergeleitet.</p> <p>Die Oberbürgermeisterin gibt sodann noch einige Informationen über stattgefundenere Ereignisse, das Neuerstehen des HOTEX, ein neues Gebäude der Diakonie neben der Kirche ist errichtet und die Hitschkendorfer Straße ist fertiggestellt. Einen besonderen Glückwunsch spricht Frau Wust den Schwimmerinnen und Schwimmern aus, die bei dem im Sportbad „Heinz</p>	

	<p>Deininger“ stattgefundenen norddeutschen Ländervergleich Siege erkämpfen konnten. Sie bedankt sich bei allen Helfern, insbesondere bei Herrn Gatter für die Organisation dieser Veranstaltung.</p> <p>Frau Wust drückt ihre Verwunderung dazu aus, dass die Wahrnehmung der Stadt Bitterfeld-Wolfen beispielweise durch die Jugendlichen eine vollkommen entgegengesetzte ist, als die Wahrnehmung durch Besucher der Stadt von Außen. So waren in den letzten 4 Wochen 3 Delegationen aus China und eine aus Korea in der Stadt. Sie spricht die Stadträte an und suggeriert, dass man mit Stolz die Errungenschaften der Stadt aufzeigen und deutlich machen müsse.</p>	
<p>zu 21</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende informiert über eine avisierte außerplanmäßige Stadtratssitzung am 22.12.2014 mit der Einreichungsfrist 08.12.2014. Die darauf folgende reguläre Stadtratssitzung findet am 21.01.2015 statt.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball erfragt, ob der Widerspruch der OB bezüglich der Aufsichtsratsbesetzung der NeuBI zurückgenommen wird.</p> <p>Die OB teilt mit, dass dieser Widerspruch nicht zurückgenommen wird.</p> <p>Stadtrat Rohde teilt mit, dass die Aufforderung der Oberbürgermeisterin, seine Fragen in schriftlicher Form einzureichen, gegen die Geschäftsordnung verstößt. Er übergibt die Fragen an den Vorsitz des Stadtrates und erwartet eine zeitnahe Beantwortung (s. Anlage 3: Fragekatalog; Anlage 3a: Antworten).</p> <p>Frau Wust sichert zu, in der nächsten Stadtratssitzung die Antworten vorzutragen und als Anlage der Niederschrift beizufügen.</p> <p>Stadtrat Krillwitz erfragt den Bestand des Polizeireviere in Wolfen-Nord, ob nunmehr auch die Möglichkeit der Anzeigenaufgabe tagsüber nicht mehr besteht und was mit dem Gebäude geplant ist. Auch die Planung zum ehemaligen Ärztehaus auf dem ehemaligen Krankenhausgelände interessiert. Die dort ansässigen Ärzte erhielten eine Kündigung der Verträge bezüglich der Räumlichkeiten.</p> <p>Stadtrat Ziehm informiert, dass das Gebäude der Revierstation im OT Wolfen seit 01.07.2014 geschlossen ist. Dafür wurden die 12 Regionalbereichsbeamten (für die Region „alter Landkreis“) eingeführt, die derzeit auch noch das Gebäude belegen. Das Gebäude gehört dem Finanzministerium. Die Mietverträge werden im Jahr 2015 gekündigt und somit wird über das Gebäude das Finanzministerium entscheiden.</p> <p>Frau Wust kündigt an, zur Planung des „Ärztehauses“ eine Information der Niederschrift beizufügen.</p> <p>Stadtrat Schenk weist den von Stadtrat Rohde in dessen Ausführungen gemachten Vorwurf der Disqualifizierung Schenk zurück und lädt Herrn Rohde zu einem persönlichen Gespräch ein.</p> <p>Frau Römer fragt, wie mit der neuen Richtlinie zur Verteilung der Brauchtumsmittel verfahren wird.</p> <p>Herr Teichmann verweist auf die bereits existierende Richtlinie, die weiterhin gültig ist. Es ist ein neuer Entwurf erarbeitet und mit den Ortsbürgermeistern diskutiert worden. Die Lesefassung wird zunächst zur Prüfung an die Kommunalaufsicht gegeben, da einige Formulierungen nicht den Intentionen des Landesrechnungshofes und des FB Rechnungsprüfung der Stadt Bitterfeld-Wolfen entsprechen.</p> <p>Stadträtin Rauball informiert über Hinweise aus der Bevölkerung, dass einige Straßen im Stadtgebiet nicht ausreichend beleuchtet werden. Sie benennt eine Straße Richtung Holzweißig und von Wolfen ab der Leipziger Straße in Richtung Bitterfeld (Saarstraße). Gleichzeitig stellt sie fest, dass an anderen Stellen, auch am Rathaus im OT Wolfen sehr intensive</p>	

	<p>Beleuchtungen veranlasst sind. Es sollte bedacht werden, dass die Beleuchtungen im Stadtgebiet entsprechend der Gefahrenstellen ausgewogener installiert werden.</p> <p>Frau Wust informiert über bereits erfolgte Prüfungen zu Abschaltungen von Lampen. Im Ergebnis dessen musste resümiert werden, dass die Leuchtzeiten geändert werden, aber aus versicherungsrechtlichen Gründen keine Leuchten abgestellt werden könnten. Die Rathausanleuchtung dient ausschließlich der Sicherheit (Beseitigung von Graffiti ist kostenintensiver).</p> <p>Herr Arning teilt zur Beleuchtung in Holzweißig und in der Saarstraße mit, dass nur durch das Ziehen neuer Versorgungsleitungen Abhilfe geschaffen werden könnte. Hier muss die finanzielle Lage der Stadt bedacht werden. Man ist dabei, mit einer Änderung der Technik (Dimmen über Frequenzmodulation) die Kosten für die bestehende Beleuchtung zu senken.</p> <p>Frau Wust bestätigt, dass sukzessive eine Umstellung auf neue sparsame Leuchtmittel für die in der Zuständigkeit der Stadt befindlichen Leuchten erfolgt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird auch die Notwendigkeit der Beleuchtung von Objekten geprüft.</p>	
<p>zu 22</p>	<p>Schließung des öffentlichen Teils Die Stadtratsvorsitzende schließt 18:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Sodann wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.</p>	

Dagmar Zoschke
Vorsitzende des Stadtrates

Kerstin Freudenthal
Protokollantin

Anlagen:
1 bis 6